

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schanzenstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59.

Donnerstag, den 10 März 1904.

11. Jahrg.

Rußland und Japan.

Die Frage, wo das russische Vladivostok-Geschwader während des Bombardements sich befand, scheint jetzt in einer Meldung der amerikanischen „Associated Press“ aus Tokio eine Aufklärung zu finden. Man glaubt dort nämlich, daß das Geschwader an der Mündung des Tumen-Flusses gewesen sei, um einige Truppenbewegungen von der Koffiet-Bai zum Tumen-Flusse zu decken. Man glaubt ferner, die Russen wollten sich am Tumenflusse verschanzen.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio nahm das japanische Geschwader Hahuntan, eine der Elliot-Inseln, am 29. Februar, in Besitz. Die Japaner fanden dort nur Kohlen und Signalflaggen vor, da die Russen die Insel schon am 23. Februar geräumt hatten.

Die berittenen russischen Vorposten, welche in der letzten Zeit in der Nähe von Kasan waren, ziehen sich, einer Reuters-Meldung zufolge, langsam in der Richtung auf den Jalu zurück. — Der Bau der Bahn von Söul nach Widschu hat begonnen.

Von diplomatischer Seite wird berichtet, daß die Kabinette von Berlin, Paris, London, Wien und Rom sich eingehend mit der Frage einer Vermittelung im ostasiatischen Kriege beschäftigen. Man will jedoch angeblich die erste große Landeschlacht abwarten, da erst dann der Boden für ein Eingreifen genügend vorbereitet sein werde. Die Vermittelung soll übrigens eine für beide kriegführenden Teile ehrenvolle Auseinandersetzung bezwecken.

Ueber einen russischen Militärskandal wird aus Warschau berichtet: Die Prüfung der von der Warschauer Stahlgeschloßfabrik Bilow u. Raug für die Küstenbatterien gelieferten Geschosse ergab, daß der Umfang der Geschosse für die Geschütze zu groß ist. Die Fabrik wies aus den Bestellungsbriefen nach, daß sie die verlangten Größen geliefert hat. Mehrere höhere Artillerieoffiziere wurden in Untersuchung gezogen.

Die japanische Regierung erließ folgende Erwidern auf das Rundschreiben des Grafen Damsdorff an dem Vertreter Russlands im Auslande vom 22. Februar, in dem Japan vorgeworfen worden war, daß es verschiedene Verletzungen des Völkerrechts begangen habe: 1. Die japanische Regierung gibt zu, daß Truppen vor der Kriegserklärung in Korea gelandet wurden, aber nicht, bevor der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland tatsächlich eingetreten war. Die Sicherung der Unabhängigkeit Koreas war eine der Ursachen, die zu dem Ausbruch des Krieges führten. Die Entsendung der Truppen erfolgte mit der ausdrücklichen Zustimmung der koreanischen Regierung, während die Entsendung größerer russischer Truppenkörper nach der Mandchurien ohne Zustimmung Chinas erfolgte. 2. Die Behauptung, daß die japanische Regierung die Beförderung russischer Telegramme durch das dänische Kabel behinderte, ist unwahr, ebenso die Behauptung, daß dieselbe Leitung den Regierungstelegrammen unterbrach. Bezüglich des Angriffes am 8. Februar auf zwei russische Kriegsschiffe im Hafen von Tschemulpo wird bemerkt, daß die Korea keine Zustimmung zur Landung japanischer Truppen gegeben hatte, der Hafen für die Kriegführenden als ein neutraler nicht in Betracht kam. 3. Nachdem die japanische Regierung selbständige Kriegserichte eingeleitet hat, werden die bezüglich der Kaperei von Handelschiffen gemachten Behauptungen hinfällig. 4. Die Behauptung, dem Kaiser von Korea sei durch den japanischen Gesandten in Söul erklärt worden, Korea bestände sich nunmehr unter japanischer Verwaltung; wenn er sich nicht fügte, würden japanische Truppen den Palast besetzen, wird als den Tatsachen vollständig widersprechend zurückgewiesen. 5. Der Vorwurf, daß die japanische Regierung den russischen Gesandten in Söul aufgefordert habe, Korea zu verlassen, widerspricht dem tatsächlichen Geschehen. Am 10. Februar machte der französische Geschäftsträger dem japanischen Gesandten mündlich und schriftlich die Mitteilung, daß der russische Gesandte Korea zu verlassen wünsche. Der russische Gesandte reiste freiwillig am 12. Februar ab; eine japanische Militärschiffe wurde ihm bis Tschemulpo beigegeben. Nachdem der russische Konsul in Fusan Instruktionen von dem russischen Gesandten erhalten hatte und Fusan zu verlassen wünschte, vermittelte ihm der japanische Konsul sogar die Möglichkeit, nach Schanhai via Formosa zu reiten.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 8. März 1904.

Der Militarismus auf der Anklagebank.
Der Reichstag führte heute die Generaldebatte über den Militarismus noch nicht zu Ende, sondern bot reichen, neuen

Stoff zu ihrer Fortsetzung. Zwar in den Reden der Abgeordneten von der Rechten des Hauses wird man vergeblich nach einem neuen Gedanken suchen. Es ist das alte Lied: Wilkes Schilderung läßt sich als unwahr nicht mehr hinstellen, so bezeichnet man den Grafen Damsdorff als Lügner; die schwersten Soldatenmißhandlungen sind in der — nunmehr der Öffentlichkeit zugänglichen — Gerichtsverhandlungen festgesetzt, so weist man auf den guten Willen hin, ihnen abzuhelfen, ohne daß man in der Tat irgend etwas Ernstliches gegen sie unternimmt. Und wo man alzu unbehagliche Vorwürfe nicht abstreiten kann, hilft ein kräftiges Geschimpfe über die Sozialdemokratie und über den Dresdener Parteitag, um den, nach einem treffenden Wort des Genossen Ledebour, das ganze Denken der bürgerlichen Parteien oszilliert, darüber hinweg. Nach dieser Methode polemisierten die beiden antisemitischen Pastoren Stöcker und Krösel, die vergeblich versuchten, durch antisemitische Redensarten, dieses oft aufgewärmte Gericht schmählicher zu machen. Der nationalliberale Dr. Sattler bot geradezu ein Musterbild der Halbheit. Er vermittelte die Extreme, indem er einerseits die Kritik unserer Partei nicht ganz unbeachtet wissen wollte, andererseits in feierlichen Worten sein Bekenntnis zum Militarismus ablegte. Um so schärfer hob sich die Rede unseres Genossen Ledebour, der nach ihm zu Worte kam, von dieser Schwächlichkeit ab. Er zeigte, von welcher Art der Patriotismus der Reichthaber im jetzigen Klassenstaat ist, die jederzeit bereit seien, gegen die Mehrheit des Volkes mit Waffengewalt vorzugehen, wenn dieses sich einmal den sozialistischen Idealen zugewandt hat. Wahrhaftig national ist nur die Sozialdemokratie, die jedem Volksgenossen das größtmögliche Maß von Lebensgenuss zukommen lassen will. Er führte aus, wie gerade die Nervosität des Militarismus gegenüber dem Humor und dem Witz ein Zeichen seiner Schwäche sei. Auch die Mißhandlungen und die Sehnucht nach einer unmäßig strengen Disziplin verraten uns, wie wenig sicher er sich gegenüber dem Heere fühlt. Unser Redner illustrierte dann an den Fällen Rehbain und Pichler das Untersuchungs-system in der Armee, das sich nicht gegen den Schuldigen, sondern gegen den Beschuldigten richtet. Mit dem Hinweis auf den Zusammenbruch eines rückständigen Heeres-systems, einer reaktionären Staatsverfassung bei Jena, schloß er seine wichtige Rede.

Auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Weinungen fand heute schärfere Worte der Kritik. Gereizt durch den Kriegsmiñister, der seine Ausführungen nach beliebiger Sitte erst unrichtig wiedergegeben hatte, um sie dann leicht zu widerlegen, ging er sowohl gegen die Soldatenschänder und ihren Begünstiger, wie gegen den Lurus und die Unwissenheit des Offiziersstands kräftig vor. Der Kriegsmiñister v. Einem antwortete in einem ganz sonderbar befehlenden Ton, verbat sich unter dem Vorfall der Rechten die Kritik des Reichstags an allen möglichen Dingen, und forderte mit jedem Satz so sehr den Widerspruch heraus, daß eine solche Rede nicht ohne ausführliche Kennzeichnung und Widerlegung gelassen werden kann. Bei der morgigen Fortsetzung der Beratung wird Bebel sie ihr zuteil werden lassen.

Vorangegangen war dem Militär-Etat die Beratung eines Gesetzesentwurfes, der dem Herzoglich Holsteinischen Fürstenthum von den Regeln des gemeinen bürgerlichen Rechts ausnimmt und ihm die Sonderstellung des königlichen Hauses verleiht. Das ist die erste und sicherlich die bringendste — Reform des bürgerlichen Rechts seit dem 1. Januar 1900. Nachdem Stadthagen an dem Entwurf und seiner Begründung scharfe Kritik geübt hatte, hatten es die bürgerlichen Parteien mit der Erledigung des Gesetzes so eilig, daß sie die Kommissionsberatung ablehnten und sofort die zweite Lesung vornahmen.

52. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Einem, Nieberding. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste, event. zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Rechtsstellung des Herzoglich Holsteinischen Fürstenthums.

Die Vorlage dehnt die Abweichungen von den Reichsgesetzen, die für die Mitglieder des vormaligen hannoverschen Königshauses, des vormaligen kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenthums bestehen, auf die Mitglieder des Herzoglich Holsteinischen Hauses aus. Es handelt sich dabei besonders darum, daß die Mitglieder der bezeichneten Familien nicht persönlich an Gerichtsstelle zu erscheinen brauchen, als Zeugen in ihrer Wohnung zu vernehmen sind, Eide mittels Unterschriften der Eidesformel leisten, und daß ihre Grundstücke nur auf Antrag in das Grundbuch eingetragen werden. Nach der Begründung werden diese Sonderrechte zur Zeit von einzelnen Gerichten den Mitgliedern des Herzoglich Holsteinischen Hauses nicht ausgetrieben. Der Entwurf bezweckt die Klarstellung der Rechtslage.

In der ersten Lesung ergreift das Wort Stadthagen (SD.): Dieser Gesetzesentwurf bringt eine Ausdehnung des Art. 57 des Einführungs-gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, betreffend das Sonderrecht einzelner Königs- und Fürstenthümer, ohne auch nur den geringsten materiell berechtigten Grund dafür anzuführen. Zum mindesten hätte uns dann doch etwas Näheres über die

Prozesse, die das Fürstenthum bisher um seine Sonderrechte geführt hat, mitgeteilt werden müssen. Wir sind natürlich gegen jedes Sonderrecht für Fürsten, müssen uns aber auf das Entschiedenste dagegen wenden, daß hier plötzlich, während wichtige reichsgesetzliche Fragen der Regelung harren, noch ein neues Sonderrecht geschaffen wird. Wir haben auch alle Veranlassung, uns dagegen zu wenden, daß der Begriff der Majestätsbeleidigung noch auf weitere fürstliche Geschlechter Anwendung finden könne. Es handelt sich um ein Ausnahmengesetz, das selbst dann nicht berechtigt ist, wenn man die bestehenden Sondergesetze als berechtigt anerkennen will. Ich bin daher für Ablehnung des Entwurfs, bitte aber, da es sich um grundsätzliche Fragen handelt, die Vorlage zunächst einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Dort wird auch über die schwebenden Prozesse Auskunft gegeben werden können, auf die der Gesetzesentwurf Bezug nimmt. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Herr Stadthagen hat den Entwurf so gedeutet, als ob er besondere Privilegien auch auf strafrechtlichem Gebiete involviere. Das ist aber weder die Absicht der verbündeten Regierungen, noch kann die Fassung des Entwurfs so ausgelegt werden, daß es sich hier um irgendwelche Sonderstellung im Strafrecht handle.

Jessen (Däne) protestiert dagegen, daß die dänischen Schleswig-Holsteiner das Augustenburger Fürstenthum als das erberechtigte betrachten. Im Uebrigen sei die Begründung des Entwurfs sehr maßvoll gehalten, was wohl damit zusammenhänge, daß der Reichskanzler der Sohn eines dänischen Ministers sei.

Die Abg. Kirck (Z.), Dr. Paasche (M.), Stöckmann (M.) und v. Norman (K.) erklären sich für den Entwurf und gegen eine Kommissionsberatung. Damit schließt die erste Beratung.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Dänen Jessen abgelehnt, ebenso ein Antrag Singer (SD.), die zweite Beratung nicht sofort vorzunehmen.

Das Gesetz wird sodann in zweiter Beratung ohne Debatte bewilligt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Militär-etats fortgesetzt.

Sattler (M.): Auch wir wünschen eine öffentliche Kritik der Mißstände in der Armee, aber nicht in der Tonart des Herrn Bebel. Ueber die militärische Litteratur inaktiver Offiziere hat der Kriegsmiñister mit Recht absprechend geurteilt. Nicht ganz glücklich waren aber die historischen Ausführungen des Herrn v. Einem über die Zeit von Jena. Der tiefere Grund des damaligen Zusammenbruchs lag darin, daß das Volk von den öffentlichen Angelegenheiten absichtlich zurückgehalten wurde. Das sind wir verpflichtet, hier vor dem Lande öffentlich zu erklären. (Beih. Zustimmung b. d. Nat.-Lih.) Mit den Ausführungen der Herren v. Einem und v. Endres über die Soldatenmißhandlungen stimmen wir völlig überein. Daß die Freunde des Herrn Bebel in einem gerechten Kriege mit für das Vaterland kämpfen wollen, ist gewiß erfreulich. Aber die Herren werden wohl selbst entscheiden wollen, welchen Krieg sie für einen gerechten ansehen. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Herr Bebel hat bestritten, daß in Dresden Schimpfsworte gefallen sind. Ist denn der Vorwurf der „Lüge“ keine Beschimpfung? (Sehr richtig! b. d. Natl.) Wir werden eine Partei, die die Grundlage unseres Staates, das Königtum, untergraben will, stets auf das Entschiedenste bekämpfen. (Bravo! b. d. Natl.)

Ledebour (SD.): Ich muß doch den bayrischen Kriegsmiñister v. Uch gegen Herrn v. Endres in Schutz nehmen. In der Tat haben sich die Soldatenmißhandlungen durch die bisherigen Maßnahmen nicht in befriedigendem Maße abstellen lassen. Der Grund der Mißhandlungen liegt vor allem in der bis zum Kadavergehorsam gehenden Disziplin, die bei den Vorgesetzten eine Art Caesarenwahnsinn großzieht. (Sehr richtig b. d. Soz.) Das Beschwerderecht nützt den Soldaten fast gar nichts. Alle Verhandlungen der Militärgerichte haben gezeigt, daß die Soldaten in eingeschüchtert sind, daß sie selbst die ungeheuerlichsten Mißhandlungen nicht zur Anzeige bringen. Das hat ein Verhandlungsführer in Straßburg selbst zugegeben. Der Gehörz von Meinungen verlangt deshalb auch sehr richtig, daß von jeder Beschwerde dem General-Kommando Mitteilung gemacht werde, damit der Beschwerdeführer eventuell in einen andern Truppenteil versetzt werden könne. Dieser Korpsbefehl des Erbprinzen steht zweifellos im Zusammenhang mit seiner sogenannten Beförderung zum Armeeeinspikteur. Gleich nach dieser Beförderung ist der Korpsbefehl zurückgezogen. Das hätte den Abschied des Prinzen zur Folge gehabt, wenn er noch kommandierender General des VI. Armeekorps gewesen wäre. Herr Endres hat den Artikel des „Vorwärts“ über den Banditsinnigen Roman besonders angegriffen. Aber in diesem Artikel war der literarische Wert des Buches äußerst abfällig beurteilt. Es kommt nur darauf an, festzustellen, ob die Tatsachen wahr sind oder nicht. Man ist in hohen Militärkreisen jetzt sehr empfindlich gegen jede Kritik. Ueber den „Simplicissimus“ sprach Herr v. Einem mit tiefer Entrüstung. Die höchste geistige Kultur aber erkennt den Witz auch da an, wo er gegen die eigene Person sich richtet. (Sehr richtig! bei den Soz., Zuruf rechts: Dresden!) Ihr (nach rechts) ganzes Denken oszilliert nur noch um den Dresdener Parteitag. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Wenn Sie uns damit vernichten zu können glauben, so bewilligen Sie doch 100 000 Mk. damit

Jeder Deutsche ein Exemplar des Parteitag-Protokolls bekommen. (Sehr gut! h. d. Soz. und Heiterkeit.) Redner geht darauf auf den Fall Heubach ein, der wegen pflichtmäßiger Verweigerung einer Aussage gegenüber der Militärverwaltung in Zeugniszwangshaft genommen worden sei. Noch schlimmer ist, daß der Urheber einer Verleumdung sei. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bismarck selbst hat die Falschung der Entree Depeche zugegeben, als er erklärte, er habe aus einer Chamade eine Fanfare gemacht. Gerade aus Vaterlandsliebe hat Liebknecht das festgenagt. (Lachen rechts.) Wie eng der Vaterlandsbegriff des Herrn v. Einem und seiner Freunde ist, bewies seine Drohung gegen uns, mit Waffengewalt vorzugehen, wenn wir die Mehrheit hinter uns haben wollten. Wenn wir die Majorität des Volkes für unsere Ideale gewonnen haben, dann haben wir das Recht, diese Ideale zu verwirklichen. Wir werden denn auch Manns genug zu ihrer Durchführung sein, wenn auch General v. Einem mit seinem getreuen Schildknappen Herrn v. Rippenhausen auf seiner Kabinette gegen uns anreitet. (Heiterkeit.) Seine Äußerung von den Offizieren als „Führer der Nation“ hat der Kriegsminister im stenographischen Bericht umgeändert in „Führer des Volkes in Waffen.“ Dadurch sind unsere folgenden Ausführungen unverständlich geworden. Die Exemplare von „Erziehern der Nation“, die wir hier haben sprechen hören, wußten nicht einmal in der Geschichte und Kriegsgeschichte Bescheid. (Große Unruhe rechts.) Herr Dr. Sattlers Darstellung über die Zeit von Jena war vollkommen richtig. Schon kurz nach Jena wurde die Gefechtsart der Franzosen von den preussischen Offizieren anerkannt, die Gefechtsart, die zuerst von den nordamerikanischen Revolutionären im Kampfe gegen England angewandt wurde. Der Zusammenbruch von Jena zeigt den unheilvollen Einfluß der absoluten Monarchie und der Bureaucratie. Ihren Patriotismus wird die Mehrheit am besten beweisen, wenn sie die Soldatenmishandlungen beseitigen hilft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Oberleutnant Krug zu Ridda: Herr v. Endres ist auf einer Dienstreise und wird später auf die Angriffe des Herrn Ledebour antworten. Die Schlägerer in Baugen hat mit der Erbrüderung der Bevölkerung nichts zu tun. Sie ist dadurch entstanden, daß einige Offiziere des Gutes zu viel getan hatten. Der Vorfall stand in keinem Zusammenhang mit dem neulich in den Zeitungen berichteten, daß Offiziere während des Verkehrs mit einem jungen Mädchen von denen Vater überrascht und mit der Handgeißelung geahndet wurden. Der bezichtigte Leutnant hat diese Erzählung als gänzlich unwahr und erfunden bezeichnet. Die ehrenrührige Untersuchung hat ergeben, daß das Gerücht eine ganz gemeine Verleumdung war. Der Kriegsminister wird gegen die betreffende Zeitung Strafantrag stellen. Die ganze Sache beweist nur, wie leichtgläubig doch die Partei der „Intelligenz“ ist. (Bravo! rechts.)

Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Das heißt doch der öffentlichen Meinung ein Schwämmchen schlagen, wenn man sagt, der Schmutz von Sachsen-Meinungen sei beseitigt worden. Der Erbprinz hat eben lieber seinen Abschied eingereicht, als daß er seinen Korpsbefehl über die Soldatenmishandlungen zurückgezogen hätte. Nachher erging ein neuer Erlaß: die Soldaten hätten wohl ein Beschwerderecht, aber keine Beschwerdepflicht. (Wort, hört! links.) Das erregt weite Kreise des Publikums. (Zuruf rechts: In Meinungen!) Was nützen alle Erlasse gegen die Soldatenmishandlungen, wenn gegen die Saboten in der Armee, dieses Ungeheuer, nichts geschieht. Auf Breiten entfällt ein Keimel, auf Bayern nur ein Fünfundvierzigstel der Mishandlungen. Der bayerische Offiziersstand ist eben gebildet und weniger oblig. (Große Unruhe und Aha! rechts.) Es ist bekannt, daß in Preußen die bürgerlichen Offiziere zurückgezogen werden. In Ulm hat in einer Kriegsverhandlung der Vertreter der Anlage gesagt, die Begriffe der preussischen Gardeführer seien in Bayern nicht gang und gäbe. Meine Ausführungen über den Burgus hat der Kriegsminister vollkommen entlehnt. Nebenher scheint es bei der Regierung, auch beim Reichskongress zu werden, die Verfügungen der Redner aus dem Hause zu entstellen. Die barmherzigen Kavallerieangehörigen sind die beste Zielgröße für die jehudischen Kugeln. Ich komme zum Schluß. (Leb! Bravo! rechts.) Ich freue mich, wenn Sie sich ärgern. (Zuruf rechts: Wir langweilen uns nur!) Möge die Regierung dafür sorgen, daß die Armee keinen Grund zum Koppsieren hat. (Bravo! links.)

Kriegsminister v. Einem: Die Behauptung, der Erbprinz von Sachsen-Meinungen sei wegen seines Borgehens gegen die Soldatenmishandlungen entlassen worden, ist eine unrichtige Behauptung der Allerschlimmsten Sorte. (Sehr richtig! rechts.) Ueber die Anstellung und Berufsbekämpfung der Generale durch Se. Majestät können hier keine laugen Erörterungen stattfinden. (Unruhe links.) Wenn ein bayerischer Anlagegenosse wirklich gelacht hat, der Angeklagte habe wohl den Geist der preussischen Gardeführer ergriffen, so ist das eine Behauptung der preussischen Armee. Ich werde mich danach erkundigen, ob das wirklich vorgefallen ist. Es ist mir klar, daß wir ein Lager an Herrn Dr. Müller-Meinungen schreiben kann, die bürgerlichen Offiziere werden zurückgezogen. (Sehr richtig! rechts.) Sehen Sie sich doch einmal die Ausgabe des Centralblattes oder des Kriegsministeriums an! Über wenn Se. Majestät die Bekämpfung eines Offiziers anordnet und ihn absetzt, so darf der König das nicht trübselig. (Große Unruhe links.) Von der großen Mehrheit des Hauses wird mir nicht scharf Kritik, sondern große Vertrauen entgegengebracht. Nicht ich habe Herrn Müllers Worte verstanden, sondern er hat mir etwas in den Mund gelegt, was ich nie gesagt habe. (Lachen rechts.) Ich habe mich nicht von irgendwelchen liberalen Bürgerpartei getrennt, sondern von der bürgerlichen Arbeiterschaft getrennt. Darunter versteht ich alle, vom Arbeiter bis zum Bauern. 1876 war nicht nur die Armee, sondern der ganze Staat, von der Regierung bis zum Volk, verarmt. (Aha! links.) Also hat niemand das Recht zu sagen, die Arme mehrere nach Jena. Das ist nicht wahr, dagegen protestiere ich! (Leb! Bravo! rechts.) Die Sozialdemokraten müssen verstanden werden, damit sie sich nach der Zukunft richten können. Das Ministerium hat nicht angenommen, sondern nur die Beschlüsse der Reichstag zu übermitteln. Es ist

mir nie in den Weg gekommen, und wird es auch nicht. (Bravo! rechts.)

Stöcker (wildlos): Kritik ist gemiß berechtigt, aber sie darf nicht verleumderisch und schmähtüchtig sein. Praktische Erfahrung sollten wir der Regierung bringen. Aber hat Herr Hebel gebiedet?

Präsident Graf v. Ballestrem: Bitte, richten Sie keine Fragen an einzelne Abgeordnete. (Gr. Heiterkeit.)

Stöcker (fort): Ich bekomme keine Antwort; das zeigt mir, daß ich recht vermutet habe. Aber was sollen uns dreistündige Reden von Seiten, die von der Sache gänzlich verstehen? (Gr. Heiterkeit.) Man fürchtet, die Armee könnte unter Umständen gegen revolutionäre Bürger Verwendung finden. Gemiß, das wäre eine miserable Armee, auf die man in solchen Fällen nicht rechnen könnte. Wenn Sie auch nicht in den Kavernen selbst Agitation treiben, so raubt doch die abgrundtiefen Agitation der sozialdemokratischen Presse den Söhnen unseres Volkes alles Teure, alles Heilige. Ich sah früher in der Arbeiterbewegung eine Stufe zur höheren Kultur, seit Dresden habe ich und viele mit mir diesen Glauben verloren. Die Sozialdemokratie behauptet, die kapitalistische Ausbeutung zu bekämpfen, ist aber eng verbündet mit den Juden. (Abg. v. Hoffmann (Sp.): Ihr Heiland war ja selbst Jude.) Nein, war des Menschen Sohn. (Gr. Heiterkeit h. d. Soz.; Abg. Hoffmann: Ich denke: Gottes Sohn!)

Präsident Graf v. Ballestrem: Solche Zuerufe muß ich als Blasphemie bezeichnen. Wir sind in der großen Ueberzahl Christen und werden uns unser Christentum nicht verhöhnen lassen. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Zentr.)

Stöcker (fort): Der Schild unserer Armee ist noch nicht blind. Der böse Blutstreck des Mordes an dem Perero Cain muß abgewaschen werden dadurch, daß man in Zukunft nur die allerbesten Elemente in die Kolonien sendet. Unschuld und Gehbruch sind schlimme Sünden, aber Herr Hebel, der in seiner „Frau“ sagt, die Verleumdung des Geschlechtsstribes sei eine rein persönliche Angelegenheit, hat kein Recht über Ereignisse geschlechtlicher Art abzuurteilen. Setzen Sie doch eine Kommission zur Untersuchung solcher Fälle ein mit Herrn Singer an der Spitze. (Gr. Heiterkeit rechts.) Redner wendet sich schließlich gegen den Burgus in der Armee, der nur durch gutes Beispiel der älteren Offiziere bekämpft werden könne. (Bravo! rechts.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Krözell (Ant.) verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Handbuch.

Deutschland.

Uebertriebenes Parteigefühl. Das Reichsamt des Innern hat die Einladung, die ihm vom „Allgemeinen Heimarbeitersitzung, Kongresse“ zuteil wurde, abgelehnt und mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, zu den Verhandlungen einen Vertreter zu entsenden. Der Grund dieser Ablehnung liegt offenbar in dem Umstande, daß der Einberufer des Kongresses der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Legien gewesen ist. Man darf ohne weiteres annehmen, daß sich der Staatssekretär des Innern vollkommen dessen bewußt ist, zu welcher Erweiterung diese Haltung der Reichsregierung berechtigten Anlaß gibt. Das Reichsamt des Innern ist natürlich nicht eingeladen worden, weil der Kongress das Bedürfnis fühlte, mit hohen Gästen zu glänzen, sondern weil es einfach die Pflicht dieses Amtes ist, sich alle notwendigen Informationen über eine so wichtige Frage seines Ressorts zu holen, wo diese auch zu finden sein möchten. Das dürfte man wohl auch im Reichsamt des Innern begreifen; nur hat man von den registrierenden Herren Scharfmachern nicht die Erlaubnis erhalten, das Vernünftige zu tun!

Der Fall Arenberg und der Kriegsminister. Zu der sehr unzulänglichen Behandlung des Falles Arenberg durch den Kriegsminister im Reichstage weist das „B. Z.“ darauf hin, daß der Kommandeur der 4. westfälischen Kavallerie, bei denen Prinz Prosper am 12. März 1895 eintrat, damals der Oberleutnant von Einem gen. Rothmaler, der heutige Kriegsminister, war. — Das ist ja eine sehr interessante Feststellung; nun begreifen wir erst, warum der Kriegsminister in seiner Rede um die Frage, wie es möglich sein konnte, eine derartige Bespie als Offizier anzustellen, herumging, wie die Frage um den heißen Brei.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärte Dienstag zum zweiten Mal die Wahl unseres Gewählten Dr. Braun (Frankfurt-Lekas) mit sieben gegen drei Stimmen für ungültig. Der Vorsitzende und mehrere Redner protestierten dagegen, daß der „Vorwärts“ den ersten Bescheid der Kommission einen „Gewaltstreich“ genannt hat. Die Wahl des Abg. Bauermeister (Sp.) für Westfalen-Bitterfeld-Dahle wurde dagegen für gültig erklärt.

Prinz und „Schuorzer.“ Vom Todesurteil zum Zuchthaus, vom Zuchthaus ins Gefängnis, vom Gefängnis in die allgemeine Irrenanstalt und von da in ein privates Sanatorium — diese Karriere eines prinzipalen Verbrechens hat Prinz Arenberg mit vollem Glück und großer Geschicklichkeit zurückgelegt. Am Sonntag ist er von der Irrenanstalt Herzberge nach der Privatirrenanstalt Ahrensweiler gebracht worden und wird wahrscheinlich bald der Aristokratie ganz wiedergegeben sein. Ganz andere Schicksale erlebte der aus Kaschau eingewanderte jüdische Proletarier Stäroff, alias Haberman, dessen entsetzliche Lebensgeschichte die Berliner „Zeit am Montag“ ausführlich erzählt. Arbeitlos und als verhungert hatte er eine Uhr besessen und erhielt dafür in Jage Gefängnis; also zwei Monate mehr als der Prinz in erster Instanz für seinen Raub erhalten hatte! In Gefängnis war der Mann nicht zu bewegen, die ihm angedrohte Arbeit zu tun, sondern nicht auszuweichen auf einen Feld. Wegen dieses „Ungehorsams“ wurden über ihn in der Zeit vom 21. März bis zum 21. Mai 1900 fünf Tage, acht Tage, zwölf Tage, drei Wochen und vier Wochen Arrest bei Wasser und Brot verhängt. Nachdem man den unglücklichen Menschen fast zwei Monate lang wie ein Tier eingesperrt gehalten hatte, ohne Licht, ohne Bettwäsche, fast ohne Nahrung, kam man endlich darauf, daß er nicht aus Verstand, sondern infolge geistiger Entartung die Arbeit verweigert hatte. Als man ihn ins Lazarett überführen wollte, lag er vollständig entkränkt und lebensgefährlich am Boden. Man darf sich nicht wundern, daß dieser Bescheid erst jetzt, nach vier Jahren, zur Sprache kommt. Was im Innern unserer Staatsverhältnisse

vorgeht, entzieht sich der Öffentlichkeit, und wird höchstens ab und zu durch gelegentliche Indiskretionen bekannt. Es ist nicht leicht, ja vielfach unmöglich, die Grenze zwischen Verbrechen und Verfall zu ziehen. Diese Wahrheit gilt für alle lebenden Menschen, mögen sie nun Prinzen oder Proletarier sein. Aber während man dem Prinzen, trotz der auffälligsten Merkmale geistiger Entartung, Mordfreiheit läßt und seine Geisteskrankheit erst entdeckt, wenn die Tat geschehen ist, bemerkt man umgekehrt am Proletarier die sichereren Zeichen der Entartung so lange nicht, bis er völlig zusammenbricht. Das Leben eines „Schuorzers“, der aus Hunger stiehlt, bedeutet nichts gegen das kostbare Leben eines Prinzen, der bedauerlicherweise ein wenig zu mordeben geruht!

Mäd! mäd! mäd! Die fromme und sittenstrenge „Germania“, die eifrige Schutzpatronin des Handwerks, erzählt aus der Reichstagsitzung vom Montag: „Als dann der Schneidermeister und Sozialdemokrat Reichhaus einen Zwischenruf machte und zum Tische des Hauses lief, erlöhnte von der Rechten ein lustiges „Mäd! mäd! mäd! und große Heiterkeit lohnte diese beste Zurückweisung des vordringlichen Abgeordneten.“ — Es stimmt schon: die Ehre des deutschen Offizierskorps ist Montag wieder einmal glänzend gereinigt worden.

Schutz der Arbeitgeber. Die Abgg. Müller und Dr. Buff haben in der heftigen zweiten Kammer folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen eine Gesetzesvorlage einzubringen oder anzuregen, zum Schutz von Arbeitgebern, welche die ihnen aus der sozialpolitischen Gesetzgebung erwachsenden Verpflichtungen erfüllen, gegenüber denjenigen, die ihren aus jener Gesetzgebung erwachsenden Verpflichtungen nicht nachkommen bzw. sich ihnen entziehen.

Vertrafte Duellanten. Das Kriegsgericht in Düsseldorf verurteilte Sonnabend den Reserveleutnant Clemens Haas vom Feld-Artillerie Regiment Nr. 48 wegen Herausforderung zum Duell mit tödlichen Waffen zu zwei Wochen Festung, den Reserveleutnant Karl Ringenbrink vom gleichen Regiment wegen Kartelltragens zu einem Tag Festung. Die Verhandlung fand, wie üblich, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Kleine politische Nachrichten. Die Münzangelegenheit, welche dem Reichstage zugegangen ist, will namentlich die 50 Pfg.-Stücke abändern, nämlich sie durch Beimischung von mehr Kupfer dicker und haltbarer machen. — Die Budgetkommission des Reichstags legte am Dienstag die Beratung des Marinetaats fort. Der Titel „Technisches Personal“ wurde um 73.000 Mark gekürzt. — Der Reichstagsabg. Dr. Heim (B.) ist, wie aus München gemeldet wird, plötzlich nicht unbedeutend erkrankt. — Die Königsberger Börsengartenaffäre, die i. Bt. so viel böses Blut gemacht hat, ist nun endlich beigelegt. Das bisher bestehende Verbot des Besuchs des Börsengartens für Offiziere ist, der Königsb. Part. Btg. zufolge, bereits aufgehoben worden. Der kommandierende General Freiherr v. d. Goltz, die übrigen Generale und Oberpräsident v. Moltke haben ihren Eintritt in die Gesellschaft „Börsenhalle“ zum Teil schon angemeldet, zum Teil in Aussicht gestellt. — Am Sonntag Abend gab in Bielefeld ein Arbeiter auf den Polizeimeister und dessen Gehilfen mehrere Schüsse ab. Verletzt wurde niemand. Der Attentäter wurde von dem Polizeimeister selbst festgenommen. — Wie der „Frankf. Btg.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Sultan sämtliche über Tahir und Genossen wegen Ordensschwindels gefällten Urteile annulliert und das öffentliche Verfahren angeordnet. Dieses beginnt am Donnerstag. Von den Orden sind einige zwanzig an Deutsche gegeben worden. — In Barcelona wurden drei Anarchisten verhaftet, weil sie anarchistische Maueranschläge angebracht hatten. Diese Maueranschläge waren von 18 Mitgliedern der anarchistischen Partei unterzeichnet. Der republikanische Fortschritt wurde in ganz Spanien beschlagnahmt. Die Verfasser sollen gerichtlich belangt werden. — Durch einen Arbeiter wurde in Wien, wie „Wolfs Bureau“ meldet, der Assistent des britischen politischen Agenten Kapitän Warnford erschossen. — Einem Telegramm aus Montevideo (Uruguay) zufolge meldet General Muniz über das letzte mit den Truppen Suravins bei Pajo del Barque stattgehabte Gefecht: Die Aufständischen kämpften gegen 4500 Mann Regierungstruppen. Die ersteren hatten 100 Tote und 300 Verwundete und verloren ein Geschütz und 2800 Patronen.

Rußland.

Die Geheimnisse der russischen Finanzpolitik werden von Parvus in seiner „weltpolitischen Korrespondenz“ aufgedeckt. Parvus geht den Vorgängen eines russischen Professors nach, der die Frage der Selbstbeschaffung für den Krieg erörtert. Eine Kriesanklage ist zurzeit nicht realisierbar; die Steuerhölle kann nicht weiter angezogen werden. Bleibt nur die Ausgabe von Papiergeld; allein diese findet ihre Grenze an der Deckung durch Goldvorräte. Geht man darüber hinaus, so werden die Goldbestände durch den fortwährenden Papierumlauf selbst eingepumpt. Die zarische Regierung wird also dazu kommen müssen, das Eigentum ihrer eigenen Untertanen zu konfiszieren. Parvus schließt seine Ausführungen zu: „Es gibt in Rußland allerdings noch an einer Stelle bedeutende Goldvorräte. Das sind die Sparskassen. Dieses Gold darf allerdings von Gesetzes wegen nicht zur Notenemissionen verwendet werden. Aber was gilt das Gesetz, wo der Zar allein herrscht? Zieht man das in Betracht, so begriff man erst recht, warum die russischen Sparskassen von den Depositionen so stark befüllt werden, daß die Regierung durch Manifeste dagegen einschreitet, freilich vergebens. Um nichts sicherer sind die Besitzer der russischen Staatsschuldscheine dran. Zwar sind das Goldanleihen, — aber wer kann den Zaren zwingen, Gold zu zahlen, wenn er nur Papierrubel hat?“ — Man sieht, der „Kampf um die heiligen Güter Europas“ kostet Opfer. Wie lange aber wird der Heroismus der Kuponshelden vorhalten?

Oesterreich-Ungarn.

Die politische Lage in Ungarn gewinnt ein immer bedenklicheres Aussehen. Die oppositionellen Parteien haben sich wieder vereinigt, um den Grafen Tisza, den Ministerpräsidenten, zu bekämpfen. Am Montag kam es im Abgeordnetenhaus bereits zu stürmischen Szenen bei der Verlesung des Handbuchs des Königs über die Ernennung

des Grafen Rhuen-Heberdary zum Minister a latere. Die Opposition verweigerte die Kenntnisnahme des Handschreibens, weil die Haltung Rhuens besonders in der bekannten Besetzungsoffäre nicht geklärt sei. Stürmische Debatten sind noch zu erwarten.

Fiat justitia!*

I.

Zu denjenigen Urteilen, die ohne Frage berechtigtes Aufsehen erregt haben, gehört jetzt unstreitig auch das im Lauener Prozeß gefällte. Welche Volkstrennung sind mit uns der Meinung, daß in diesem Falle, wo doch der Wahrheitsbeweis nach jeder Richtung hin erbracht worden ist, eine Freisprechung erfolgen mußte. An deren Stelle aber hat das Gericht auf eine verhältnismäßig hohe Geldstrafe erkannt. Es liegt uns nun vollständig fern, dem Amtsrichter und den beiden Schöffen mangelnde Objektivität vorzuwerfen; wir sind vielmehr der Meinung, daß sie nach ihrer Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt haben. Dennoch aber halten wir das vorliegende Erkenntnis für äußerst ansehnlich, weil es nach unserer Auffassung nicht im Einklang zu bringen ist mit der in der Hauptverhandlung zu Tage getretenen Beweisaufnahme. Das darzulegen, ist der Zweck dieser Zeilen.

In dem unter Anklage stehenden Artikel war zunächst die Behauptung aufgestellt worden, daß der Gutbesitzer Weibel unermüdlich mit einer geladenen Schußwaffe umherstreife und edles Jagdwild suche. Als Beweis für diese, vom Gericht auch nicht bestrittene Tatsache, führen wir das Zeugnis des Schulzen Dräger an, der aussagte, daß er W. verschiedene Male mit geladenen Waffen habe gehen sehen. Dieser Zeuge hat auch ein Gesuch mit unterzeichnet, in dem gebeten wurde, dem W. das Tragen von Waffen zu verbieten. Auf Befragen, welchem Umstand denn dieses Gesuch seine Entstehung verdanke, erklärte dieser im allgemeinen mit seiner Aussage sehr zurückhaltende Zeuge: „Die Leute hätten sich nicht bergen können.“ Nun vergebens wärtige man sich das Bild: Eine ganze Reihe von Bewohnern des Dorfes Lauene, unter ihnen auch der Dorfschulze, ersuchen um ein behördliches Einschreiten gegen den Gutbesitzer, weil sie sich nicht bergen können. Was muß da schon vorausgegangen sein, ehe sonst sehr ruhige und friedfertige Leute, die sich freuen, wenn sie mit dem Gericht und den Behörden nichts zu tun haben, letztere um Schutz gegen ihren Gutsherrn bitten? Denn um etwas anderes kann es sich bei diesem Gesuch doch gar nicht handeln haben. Uebrigens stützten sich die Leute darauf, daß W. nicht bejagt sei, geladene Waffen ohne Erlaubnischein zu tragen, da ihm nach ihrer Meinung eine Jagdgerechtigkeit gar nicht zusteht. Die Jagd gehört nämlich, wie zur Erklärung bemerkt werden mag, im Fürstentum Rastenburg dem Großherzog; nur in zwei anderen Dörfern besitzen die Bauern Jagdgerechtigkeit. Unter diesen Umständen scheint die Meinung der Dorfbewohner doch eine Berechtigung zu haben.

Die alsdann aufgestellte Behauptung, W. habe ohne Veranlassung einen ihm nicht gehörigen Hund niedergeschossen, hat auch das Gericht als erwiesen erachtet. Man hat also anscheinend hier den Behauptungen des Privatjägers, der kleine Hund habe ihn beim Reiten gewissermaßen in eine Gefahr gebracht, keinen Glauben beigemessen. Und mit Recht! Ist doch durch das eidliche Zeugnis mehrerer Dorfbewohner festgestellt worden, daß der Hund nicht bissig gewesen sei; ist doch ferner festgestellt worden, daß die Eigentümerin des Hundes diesen durch Zuruf verhindert hat, sich dem ruhig fortstreichenden Pferde zu nähern. Trotzdem aber schoß W. den kleinen Pöter nieder, wodurch die Eigentümerin derselben erklärlicherweise in eine starke Gemütsregung versetzt. Wenige Wochen später kam es bei der schwangeren Frau zu einer Frühgeburt. Ob obiger Vorfall die Ursache der Letzteren gewesen, ist zwar nicht mit Bestimmtheit zu behaupten, dennoch aber nicht ausgeschlossen.

Zu einem Kopfschütteln veranlaßte uns die, das Schießen auf die Angler betreffende, Urteilsbegründung. Hier hielt das Gericht den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht, sondern stellte sich auf den Standpunkt, daß W. nur in die Luft geschossen habe, um die Angler zum Stehen zu bringen. Zunächst sei hierzu bemerkt, daß W., falls die Annahme der Dorfbewohner bezüglich der Jagdgerechtigkeit richtig ist, auch hier gar nicht bejagt war, mit einem geladenen Gewehr auf die Anglerjagd zu gehen. Dann aber kommt als wesentlichster Punkt für uns in Betracht, daß Weibel nach mehreren Zeugenaussagen auf die Angler geschossen hat; wir verweisen hier auf das Zeugnis von Sloma, J. Dunder, J. Kämpf und W. Dunder! Von diesen Zeugen haben die beiden Letzteren an der Richtung des Gewehrlaufes, resp. des Pulverdampfes erkannt, daß der Schuß direkt auf die Angler abgegeben worden ist. Das Gericht scheint in der Richtigkeit dieser letzteren Angaben Zweifel gesetzt und angenommen zu haben, daß die Entfernung eine zu große gewesen sei, um die Schußrichtung erkennen zu können. Selbst wenn wir — wozu für uns allerdings keine Veranlassung vorliegt — diese Zweifel teilen würden, dann ist unseres Erachtens durch das eidliche Zeugnis des Rasteners J. Dunder festgestellt worden, daß W. ihm, bevor er sich auf die Anglerjagd begab, sagte: „Wenn der Kerl wegläuft, dann schicke ich ihn in den A—sch, daß er kaputtersch—st!“ Es hätte ferner durch das Zeugnis des auf Gerichtsbeschlusse leider nicht mehr vernommenen Zeugen Schanfert — der, wie bemerkt sein mag, von W. geladen worden war, — festgestellt werden können, daß W. einmal vor beiden Augen ein Gewehr mit zwei scharfen Patronen lud und hierbei betonte, daß er damit etwaige Spitzhaken (gemeint waren Leute, die widerrechtlich im See fischen) über den Gausen schießen würde. W. hat sich damals dann auch auf die Anglerjagd begeben, am See aber nur ein Fuder getroffen. Ob er, wenn er an Stelle der Kinder Erwachsene angetroffen hätte, wohl auch nur einen Schuß in die Luft abgegeben haben würde? Seine dem Zeugen Schanfert gegenüber getane Aeußerung spricht nach unserem beschränkten Urteilsverstand all-

dings dagegen! — Trotz der eidlichen Aussage von vier Zeugen, die sämtlich bestätigten, daß W. auf die Angler geschossen hat, trotz der eidlichen, — die Absicht W.'s in voller Klarheit offenbarenden Aussage des Jungen J. Dunder hielt also das Gericht den Wahrheitsbeweis für die von uns aufgestellte Behauptung, W. habe auf zwei Angler geschossen, die er zum Glück nicht traf, nicht für erbracht. Was sollen wir denn nach Ansicht des Gerichts sonst noch beweisen? — Hier steht also — natürlich immer nur nach unserer Meinung — das Urteil im schroffsten Widerspruch mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme.

Das für die übrigen, von uns aufgestellten Behauptungen in Betracht kommende Verhältnis zwischen Beweisaufnahme und Urteilsgründen werden wir im nächsten Artikel einer Erörterung unterziehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 9. März.

Herr Thiel schweigt! In der letzten Generalversammlung des Reichsvereins hatte dessen Vorsitzender a. D., Herr Heinrich Thiel, bekanntlich die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie habe eine direkte Wahlbeeinflussung nicht nur ihren eigenen Parteigenossen, sondern auch kleinen Gewerbetreibenden gegenüber ausgeübt. Wir forderten darauf Herrn Thiel auf, in unserem von ihm resp. seiner Firma schon häufiger benutzten Blatte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Trotzdem bereits 14 Tage verfloßen sind, hat Herr Thiel unserer selbstverständlichen Aufforderung nicht entsprochen. Wir müssen also annehmen, daß er nicht in der Lage ist, die von ihm aufgestellten Behauptungen zu beweisen zu können. Diese Feststellung beweist, was man von manchen Aeußerungen des Herrn Heinrich Thiel zu halten hat.

Eine Entschädigung von 4095 Mk. enthält nach der endgültigen Entscheidung der Entschädigungskommission der Eigentümer des Grundstücks Königstraße 51 für den von ihm zwecks Verbreiterung der Königstraße abzutretenden Teil seines Grundstückes.

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben an Staatssteuern im Monat Februar 1904. Es gingen ein an: Einkommensteuer 333 752,08 Mk., Erbschaftsteuer 3 279,98 Mk., Veräußerungsabgabe 12 674,87 Mk., Stempelabgaben 14 844,10 Mk., Schiffsabgaben 16 722,59 Mk., zusammen 431 273,62 Mk. gegen 425 205,78 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres, mithin ein Mehr von 6067,84 Mk. Vom 1. April 1903 bis Ende Februar 1904 gingen ein 3 184 256,92 Mk. gegen 2 477 846,01 Mk. im gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres, demnach ein Mehr von 706 410,91 Mk.

Gewerbesteuer. Der Unterricht im Sommerhalbjahre beginnt Dienstag, den 12. April, vormittags 11 Uhr. Die Ausnahme von Schülern findet nur im Schulhaus, Domkirchenhof 3-4, statt a. vor Ostern: vom Sonntag, den 13. März bis zum Freitag, den 18. März, während der Schulzeit, b. nach Ostern: vom Dienstag, den 5. bis zum Freitag, den 8. April, abends von 7 bis 9 Uhr. Außer zu den vorstehend angegebenen Zeiten findet keine Ausnahme statt. Das Schulgeld ist während der Aufnahmezeit im Schulhause zu entrichten. Dasselbe beträgt für Gehilfen und Lehrlinge 5 Mark halbjährlich ohne Rücksicht auf die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden und Übungen. Für Schüler anderer Lehranstalten sind Lehrgänge im Linear- und Freihandzeichnen eingerichtet. Das Schulgeld dafür beträgt 3 Mark. Unbemittelte kann das Schulgeld nur erlassen werden, falls dies sofort bei der Anmeldung beantragt wird.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Selkmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Gestrandet ist in der Nacht zum Montag in der Kieler Förde der von Lübeck nach Bremen befindliche Bremer Dampfer „Nabenstein“. Erst nach Leerpumpen des Wassertanks und Ausbringung einer Trosse gelang es dem Schiffe durch eigene Güße wieder abzukommen und seine Fahrt nach dem Nord-Dissee-Kanal fortzusetzen.

Wauschutt darf nach einer Bekanntmachung des Polizeiamts unterhalb des St. Johannis-Jungfrauen-Klosters nicht mehr abgeladen werden.

pb. Sittenverbrechen. Festgenommen wurde ein jugendlicher Knecht, der sich auf dem Wege zwischen Ringstedtenhof und der Borraderstraße, an einem ihm be gegnenden 13jährigen Mädchen, eines Verbrechens nach § 176 Abs. 1 des Strafgesetzbuches schuldig machte.

pb. Schadenersatz. Gestern Abend gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Grundstücke Gaisenstr. 34 gerufen, woselbst in einem im 1. Stock belegenen Zimmer durch ein schadhafes und vorchriftswidrig angebrachtes Dienrohr ein Deckenbrand entstanden war, der in kurzer Zeit durch die herbeigeeilte Feuerwehre gelöscht werden konnte. Außer der Decke wurde durch herabfallende Funken auch der Fußboden des Zimmers beschädigt. Der Schaden ist nur gering.

pb. Unredlicher Hausdiener. Gegen einen jugendlichen Hausdiener, der seinem Dienstherrn mehrfach Briefe, die ihm zur Beforgung übergeben waren, sowie Gelder, die er für Porto ausgeben sollte, unterschlug, wurde Anzeige erstattet.

r. Entin. Ein tödlicher Unglücksfall raffte am Montag unsern Parteigenossen Maurer Hinrich Kreide aus Sillau dahin. Derselbe war mit seinem Schwiegerohn auf Stendorf beim Ausfällen von Bäumen beschäftigt. Ein abgestürzter Ast herabziehend hierbei mit der Spitze die Erde, das dicke Ende schlug zurück und traf den Unglücklichen, der aus dem Baum stürzte, am Unterleib. Ohne die Bannung wieder zu erlangen, erlag derselbe seinen Leiden. An seinem Sarge trauern neun, teilweise schon verheiratete Kinder.

Obesloe. Die hiesigen Zimmerer sind in eine Wohnbewegung eingetreten. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck ersucht.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Beim Abladen von Balken wurde in Hamburg ein Arbeiter erschlagen. — In der Sankt-Nikolaus-Kirche erkrankten, nach einer Hamburger Meldung, während des Gottesdienstes viele Besucher an einer Kohlenoxydvergiftung, weil der beschädigte Ofen Gase ausströmte. Der Gottesdienst wurde abgebrochen und die Erkrankten wurden ins Pfarrhaus geschafft. Alle sind außer Lebensgefahr. — Dem Lehrer Lemborg in Dürerswich bei Heide i. S. stürzte ein Sad Schrot auf den Kopf, so daß der Tod sofort eintrat. Er hinterläßt eine Witwe mit neun Kindern. — Als gestern mittags das 20jährige Dienstmädchen Schmadt in Pärchim in der Waidstraße beschuldigt war, ergriffen die

Flammen des unter dem Waschkessel angemachten Feuers die Kleider des Mädchens. Herbeigeeilten Nachbarn gelang es, die Flammen zu löschen, doch hat das Mädchen am ganzen Körper derartige Brandwunden davongetragen, daß es kaum mit dem Leben davon kommen wird.

Bergedorf. Ein Lehrer mit falschen Papieren. Ein Fall, der in einer Beziehung an das Otto Ernstische Drama „Flachsmann als Erzieher“ erinnert, hat sich hier ereignet. Hier war von einem Lehrer W. seit Jahren eine Mädchenschule geleitet worden, die von den besser situierten Eltern ganz besonders bevorzugt wurde. Durch solche Erfolge ermutigt, wollte der Lehrer nunmehr auch eine Knabenschule errichten und richtete an die Ober-Schulbehörde ein dahingehendes Gesuch. Bei der mündlichen Vernehmung geriet man jedoch in Zweifel über seine hinreichende Vorbildung und fragte ihn nach seinen Prüfungen. Er erwiderte, daß er das Seminar in Londern besucht habe. Als man sich in Londern über den B. erkundigte, erfuhr man, daß jener weder das dortige Seminar besucht noch dort sein Examen bestanden habe. Es stellte sich dann heraus, daß B. die Papiere gefälscht und die gefälschten Papiere sich auswärts hatte beglaubigen lassen. Der neue „Flachsmann“ wurde in Untersuchungshaft genommen.

Neumünster. Der hochgradig erregte Sergeant. Vor dem Kriegsgericht der 17. Division hatte sich der Sergeant Jordan von der 5. Kompagnie des 163. Infanterie-Regiments wegen Körperverletzung und rechtswidrigen Gebrauchs der Waffe zu verantworten. Es handelt sich um eine Affäre, die sich in der Nacht zum 15. Februar in der Nähe des Establishments „Lipolt“ abgespielt und bei der der Tuchmacher Richter von Unteroffizieren schwer mißhandelt ist. Der fr. St. sofort herbeigerufene Arzt stellte eine 10 Zentimeter tiefe Wunde fest; die obere Schädeldecke war durchschlagen. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, er sei von dem Tuchmacher angerempelt worden. Als er sich dies verbeten, habe er einen Stoß bekommen, worauf er das Seitengewehr gezogen habe. Er sei dann mit seinem Anzeiger auf Boden gefallen, wobei er unten zu liegen kam und mehrere Schläge auf den Kopf erhielt. In demselben Augenblicke sei der Unteroffizier Frank dazu gekommen, welcher mit seinem Seitengewehr dazwischen gehauen und ihn befreit habe. Die Zivilisten seien dann weggelaufen, nach kurzer Zeit jedoch sei ihm Richter wieder zu Gesicht gekommen, worauf er hinter ihm hergelaufen sei und mit dem Seitengewehr den Hieb geführt habe. Er habe in dem Augenblicke nicht gemerkt, was er tat. Infolge einer beim Chinajeldzug erlittenen Krankheit, die seine Dienstuntauglichkeit zur Folge gehabt habe, sei er sehr erregt und nervös geworden. Der mit verbundener Kopie in der Verhandlung erschienene Zeuge Richter gab eine wesentlich andere Schilderung der Sachlage. Er gab die Möglichkeit zu, den Angeklagten im Vorbeigehen berührt zu haben. Als dann der Wortwechsel entstand und der Angeklagte das Seitengewehr zog, sei er fortgelaufen. Als er sich gleich darauf umgesehen, seien zwei Unteroffiziere hinter ihm hergekommen, von denen einer ihm den Schlag versetzt habe, so daß er besinnungslos zusammengebrochen sei. Der Vertreter der Anklage beantragte bei Verneinung derselben 2 Monate Gefängnis, bei Befürwortung jedoch die Einreichung eines Gnadenbittgesuchs. Das Gericht sprach jedoch den Angeklagten kostenlos frei, indem es annahm, daß derselbe sich bei Begehung der Tat in einem Zustand befunden habe, in dem er nicht für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden könne. Unser Kieler Parteiorgan bemerkt zu diesem Urteil: Dieses Urteil wird gewiß allgemeines Aufsehen erregen, denn einen solchen Ausgang wird wohl niemand erwartet haben. Wir nehmen ohne weiteres an, daß die Richter ihr Urteil unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen gefällt haben. Was aber ist die Konsequenz dieses Urteils und seiner Begründung? Wird dieses Urteil rechtskräftig und der Sergeant bleibt im Dienst, so kann er auch ferner, wenn er wieder einmal erregt wird, mit dem Seitengewehr dem Zivilplebs, und wenn es sein muß, auch seinen Untergebenen die Schädel einhauen. Er ist dafür nicht verantwortlich zu machen, weil er hochgradig nervös und leicht erregbar ist. Unserer Ansicht nach darf ein solcher Mann keinen Tag mehr im Dienst bleiben und Waffen tragen. Wird die Militärbehörde diese Konsequenzen ziehen?

Kiel. Mächtlicher Unglücksfall bei einem Kriegsschiffe. Infolge der Außerdienststellung des Linienschiffes „Württemberg“ ist die Besatzung dieses Schiffes vor einiger Zeit auf den Küstenpanzer „Odin“ kommandiert worden. In der Nacht zum Sonntag wollten zwei zur Jahrmessfeier des „Odin“ gehörende Stewards sich in animierter Stimmung an Bord ihres im Werftbassin liegenden früheren Schiffes begeben. Sie führten mit einem Boot längs der Küste und versuchten, auf das Schiff hinaufzuklettern. Als sie fast oben angekommen waren, stürzten beide in das Boot zurück. Durch den aus beträchtlicher Höhe erfolgten Sturz hat der eine der Stewards sich ziemlich schwere Verletzungen am Kopf und an den Armen zugezogen. Sein Kamerad muß nach Aufschlagen auf der Bootsplanke ins Wasser gefallen und sofort ertrunken sein. Man fand nur seine Mütze an der Oberfläche des Wassers schwimmend.

Schleswig. Verlegung des Oberpräsidiums nach Kiel. In einer vertraulichen Besprechung der Abgeordneten des Provinziallandtages, in der es sich um die Frage der Verlegung des Oberpräsidiums von Schleswig nach Kiel handelte, sprachen sich, wie die Schlesw. Nachr. melden, 34 Abgeordnete für und 28 gegen die Verlegung aus. Demnach würde trotz der starken Opposition die Verlegung beschlossene Sache sein. Deshalb hat der Provinziallandtag auch in der sicheren Erwartung, daß diese Verlegung erfolgen wird, 75 000 Mark zur Schaffung eines Sitzungssaales des Provinziallandtages in Kiel bewilligt.

Güstrow. Im Gismordprozeß gegen den Schnitter Konieczny beschloß das Gericht gestern auf Antrag der Verteidigung die Labung der Tochter des Schulzen in Grojeck als Zeugin. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vertagt.

Bremen. 2 1/2 Millionen Mark Defizit weist auch in diesem Jahre wieder das Budget für das kommende Rechnungsjahr auf, das der Senat der Bürgerchaft mitteilt. Wegen Deckung des Fehlbetrags hat der Senat die Steuerdeputation mit einem Verdicte beauftragt. Auch hat er sämtliche Behörden, die über jegliche Einnahmen verfügen, beauftragt, darüber zu berichten, ob und inwiefern die Einnahmen ihres Verwaltungszweiges gesteigert werden können.

Dilsenburg. Der Landtag bewilligte in seiner gestrigen Sitzung für Gleisumbauten, Gleisverlängerungen und Bahnhofsumbauten in Delmenhorst und Brake, sowie zur Beschaffung neuer Lokomotiven, Personen- und Arbeitswagen 1 577 900 Mk.

Beste Nachrichten.

Landberg a. M. Ein netter Hausvater. Wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen gegenüber seinen weiblichen Höglingen verhandelte die hiesige Strafkammer gegen den Hausvater Gustav Werner vom Metzungslande in Sühlsdorf. Der Angeklagte wurde zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Verku. Eine erschütternde Familien-tragödie hat sich in der Nacht zum Dienstag hier abgespielt. Der Inhaber eines kartographischen Instituts und Leutnant a. D. Carl Beseler, seine Frau, die 17 Jahre alte Tochter und die zwei Söhne, 16 und 11 Jahre alte Knaben, haben sich zwischen 2 und 3 Uhr mit Cyanalkali in ihrer Wohnung vergiftet. Die Tochter und die Eltern töteten sich selbst; den beiden Söhnen wurde das Gift gegeben, nachdem sie aus Anlaß des Geburtstagsfestes der

Tochter betrunken gemacht worden waren. Mithin Ver-mögensverhältnisse waren die Veranlassung. — Selbst-mord. Der Regierungsrat beim Reichsver-sicherungsamte, Stabschef der Reserve und Anteil-haber des Bankhauses Brendel u. Co., Hugo Brendel, nahm sich Dienstag im Gebäude des Bankhauses in geistiger Umnachtung durch einen Sturz aus dem Fenster das Leben. Das Bankhaus Brendel u. Co. ist durch diesen Veruntzungen des Montag verhafteten Profu-ranten Reinhard insolvent geworden. Brendel hatte ver-sucht, die Angelegenheit des Bankhauses zu regulieren, war aber von den geschädigten Depotinhabern bestimmt worden, worüber er dann in Verzweiflung geriet.

Elberfeld. Ein Dubenstück. Auf den Personen-zug, der um 6 Uhr 49 Min. in Elberfeld eintrifft, wurde kurz vor der Einfahrt in die Station ein Revolver-schuss abgegeben. Die Kugel brang in ein Abteil dritter Klasse und traf einen Insassen so unglücklich in den Kopf, daß er

sofort tot blieb. Der Getötete heißt Julius Schmidt aus Weversmühle bei Wermelskirchen.

New York. Ueberflutung. In mehreren Staaten, besonders in Pennsylvania, richten Hochwasser-große Verheerungen an. Die Lage namentlich in Harris-burg und Wilkesbarre ist ernst; dort ist der Bahnverkehr gehemmt, die Brücken sind weggerissen, die Bergwerke unter Wasser gesetzt. In den tiefer gelegenen Be-zirken wurden die Häuser von den Bewohnern ver-lassen.

Colon. Eine Feuersbrunst zerstörte am Sonnabend in Bocas del Toro (Costarica) hun-dert Häuser. Das deutsche Kriegsschiff „Falle“ landete Mannschaften, ohne deren Hilfe die ganze Stadt vernichtet worden wäre. Der Schaden wird auf eine halbe Million in Gold geschätzt.

Stierus eine Zeitung

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Sarg-Magazin
Fernsprecher 427. **Gebr. Mütter**
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königsstraße 116a.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Für die große Teilnahme und vielen Kranz-
penden anlässlich des Todes meines Mannes, für
die trostreichen Worte des Herrn Pastor Arndt
und insbesondere auch den Angehörigen der Sü-
bender Raschmiedel-Gesellschaft sage ich herzlichsten
Dank.
Frau Louise Buch Ww.
Südbad, 8. März 1904. und Kinder

Danksagung.

Für die für mich so wohlthunende Teilnahme bei
dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich
hiermit Pastor Hänjel sowie allen meinen herz-
lichsten Dank.
Sophie Schmidt Ww.

Zum 1. April
die Part.-Wohnung Pühowstraße 3
zu vermieten Näheres daselbst.

Durch
Zufall eine Dreistuben-Wohnung
zum 1. April. Preis 180 Mk.
Mittelstraße 17, 1. Et.

2 elegante seid. Masken-Anzüge
billig zu vermieten
Hühnen 14.

Damen-Masken-Anzüge
billig zu vermieten
Oberstraße 19 5.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung vor
dem Haupttor im Preise von 160-180 Mk.
Off u O an die Exped. d. Bl.

Schneiderin empfiehlt sich billigst
Krausenstraße 39 6, II

Kinderwagen und Sportwagen
billig, auf Wunsch auch auf Leihzahlung.
Engelstraße 91

Ein Fahrrad billig zu verkaufen
Quistorf, Stöckelhof

**Ein Haus mit Stall, Vor- und Hinter-
garten in der Mangartstraße.**
Preis 5500 Mark
Off u G S an die Exped. d. Bl.

Ein Doppel-Haus in der Nähe Sübels
zu erlangen in der Exped. d. Bl.

Ein Jagdwagen zu verkaufen.
F. Koch, Kamer. Stöckelhof.

Verkaufshalber ein neues und ein ge-
brauchtes Bett billig zu verkaufen
Regenstraße 24, 1

Durch Zufall.
Einen großen Vorrat
Schuhwaren
darunter
Damen-Chevreau-Schnürhütel
von 4,50 Mk. und 5,50 Mk.
13 obere Marlesgrube 13.

Meierei-Abfälle
und **Molken**
als Schweinefutter kann abgeholt werden.
Dauja-Meierei.

Jungen Leuten!
welche sich dem
Seemannsstande
näheren wollen, empfiehlt
Total-Ausrüstung
für kleine u. große Fahrt.
H. Prenzlau
Kaiserstraße 67.

Bis inkl. Sonntag den 13. d. M.:

Die billige März-Woche!

Heute Mittwoch:

Sensationelle Extra-Angebote!

Damen-Portemonnaies mit Leder resp. Silberpressung	30 Pf.
ff. Toilette-Seifen	Duzend 55 Pf.
Papier-Lampenschirme, reizende Sachen	58 Pf.
Echte Schweizer Stickerei	Stück 4,10 Meter 68 Pf.
Handtaschen, reizende Sachen	45 Pf.
Staubtücher, imit. Leder	1/2 Duzend 55 Pf.
Reizende Wandbilder, 25 Ctm. groß	34 Pf.
Markttaschen, schwarz Wachsleder	39 Pf.
Herrn-Chemisefts, garantiert 4fach	48 Pf.
Herrn-Hosenträger, extra stark	50 Pf.

Gemahlen Zucker . . Pfund 18 Pfg.

Auf unsere reichhaltige Auswahl in
Konfirmations-Karten, Oster-Artikel etc.
möchten wir schon jetzt hinweisen.

Warenhaus Hansa.

Große abgechl. 2 Stuben-Wohnungen
mit Kamin und Nebenraum von 185 Mk. an.
Abgeschlossene 3 Stuben-Wohnungen der
Königstr. mit allem Zubehör von 230 Mk. an.
Näheres Gacienstraße 1, Portiere links.

Capelen in
großer Auswahl
und
neuesten Mustern.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft
(vorm. W. G. Böndel)
Unterkrone 44 5 b. d. Drehbrücke
Auch zu haben durch
Ferd. Tom, Reiterstraße 43,
am Hauptbahnhof.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Circus Variété.
Nur noch 6 Tage
das herrl. März-Programm.
Freitag den 15. d. M.
Petite Vorstellung in dieser Saison
Anfang 8 Uhr.

Adolf Schmidt
Schlachterei und Wurstfabrik
Moislinger Allee 6b.
Empfehle:
Sämtliches frisches Fleisch,
Wurst- und Rauchfleischwaren
zum Tagespreis.
Sowie
Schinken und Kalbfleisch à Pfd. 60 Pfg.
ausgebratenen Taig à Pfd. 40 Pfg.
bei Abnahme von 2 Pfd. à Pfd. 35 Pfg.
Fernruf 1100.

Stadttheater
7 Uhr. Donnerstag den 10. März. 7 Uhr.
166 Borstell. 24. Donnerstag-Abend.
Lohengrin.
7 1/2 Uhr. Freitag den 11. März. 7 1/2 Uhr.
Bettelstudent.

Ein neues Niefensyndikat.

Nach langem Gange und Wange ist jetzt der deutsche Stahlverband doch zustande gekommen. Ursprünglich hoffte man, den Verband am 1. Januar in Kraft treten zu lassen, da an diesem Tage die bestehenden alten Verbände, der Halbzeugverband und andere, wenn die Verträge nicht erneuert würden, aufhören mußten. Das Ziel wurde jedoch nicht erreicht, weil die Interessengegensätze gar zu schroff waren. Vor allem handelt es sich um die „Beteiligung“, d. h. um das Quantum von Stahl, das von den einzelnen Werken an den Verband geliefert werden darf, das ausgenommen er verpflichtet ist. Da standen sich denn die rheinischen und die schlesischen Werke schroff gegenüber, die Firma Krupp prohte mit ihrer Hebermacht, jedes einzelne der kleineren Werke suchte sich eine möglichst große Beteiligung zu sichern. Die Hauptmacher setzten alles daran, um die Einigung zu erzielen, und es wurde fieberhaft daran gearbeitet, die widerstreitenden Interessen unter eine Haube zu bringen; immer wieder scheiterten die Verhandlungen und immer wieder wurden neue angeknüpft. War doch auch das Ziel des Schweltes der Edelsten wert: es galt einen Verband, bei dem die syndizierten Werke eine ebenso vollständige Herrschaft über den Markt erhalten können, wie sie das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat besitzt. Aber der Widerstreit der Interessen war wie gesagt so groß, daß zu Neujahr an eine Einigung noch nicht zu denken war und daher die alten Verbände bis zum 1. März 1904 verlängert werden mußten. Aber auch in der zweiten Hälfte des Februar war die Sache noch nicht viel weiter gekommen, und man gab sogar teilweise die Hoffnung auf das Zustandekommen des schönen Planes auf. Noch am 26. Februar hieß es, daß die ober-schlesischen Werke eine Beteiligung von 800 000 Tonnen verlangen und diese gewaltig übertriebenen Ansprüche eine Einigung sehr fraglich erscheinen lassen. Da ließ sich die Firma Krupp herbei, ihre Ansprüche etwas herabzusetzen. Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten, daß bei der Firma Krupp von hohen Stellen her Einflüsse im Sinne der Beitritt zum Verband tätig gewesen seien. Diese Nachricht kann durchaus nicht befremden, wenn man weiß, wie die Deutschen sowohl der preussischen als der Reichsregierung sich für die Syndikate in's Werk legen.

Nachdem also die Firma Krupp gewonnen war und die Syndikatsmacher dadurch einen ganz bedeutenden Zuwachs an Einfluß gewonnen hatten, brüskierten sich schließlich auch die andern bisher widerspenstigen Firmen zu Zugeständnissen, und am 29. Februar kam schließlich die Einigung zustande. Die schlesischen Werke ließen gewaltig mit sich handeln, man sprach den beiden größten Werken, Laurahütte und Friedenschütte, 475 000 Tonnen zu, die Kruppwerke erhielten eine Beteiligung von ansfangs 550 000 Tonnen, die aber von Jahr zu Jahr steigt und am 1. April 1907 die Höhe von 700 000 erreichen soll. Außerhalb des Verbandes dagegen bleiben vorläufig die Rhönig Werke in Laß, die Westfälischen Stahlwerke und eine Anzahl kleinerer ober-schlesischer Werke. Der Verbandsvertrag gilt bis 30. Juni 1907 und tritt sofort in Kraft.

Es ist also in der Tat ein gewaltiger Erfolg erzielt worden. Die bisher nicht beigetretenen Werke werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach bald beifinden und nachträglich dem Verbands beitreten. Aber noch ist das eigentliche Ziel nicht erreicht; denn der Vertrag kontingentiert zwar die Rohstahlerzeugung der vereinigten Werke, aber der Verband übernimmt vorläufig nur den Verkauf von Formeisen, Eisenmaterial und Halbzeug-Erzeugnissen (Rohstahl), dagegen bleiben die Walzwerke, so weit es „reine“ Walzwerke sind, d. h. solche, die keine Hochöfen haben, außerhalb des Verbandes und ebenso die Martin-Werke. Hier werden nun wohl in der nächsten Zeit weitere Verhandlungen gepflogen werden, und das Resultat ist kaum zweifelhaft: die

Mächtigen haben sich geeinigt und werden die Bedingungen diktiert.

Es ist das eine neue Situation, die auf das deutsche Wirtschaftsleben von tiefem Einfluß sein muß. Bei der letzten Krise zeigte sich, wie gefährlich gerade das Gebahren der großen Eisenwerke, der Produzenten des wichtigsten Rohmaterials, für die gesamte Industrie werden kann, wenn diese Produzenten ihre Macht mißbrauchen. Es unterliegt für Einsichtige gar keiner Frage, daß die Ausnützung der Lage seitens des Niefensyndikats zur Verschärfung der Lage beigetragen hat. Der neue Verband wird aber eine noch viel größere Gewalt besitzen, er wird in der Tat die Bedingungen diktiert und damit steigt auch die Gefahr.

Der neue Verband tritt ins Leben in einer Zeit, wo die Eisenindustrie in einer ganz besonders prekären Lage sich befindet. Der forzierte Export, der bisher die Rettung war, ist nicht mehr möglich, da der amerikanische Markt für lange Zeit verschlossen bleibt; auf andern Märkten wird sich nicht bald Erfolg finden lassen, weil erstens die Frage der Handelsverträge und zweitens die Kriegslage dem im Wege stehen. Der Krieg bewirkt nicht nur, daß die Aufnahmefähigkeit des russischen, des japanischen und des chinesischen Marktes sich vermindert, sondern er bewirkt auch, daß der Kredit auf dem Weltmarkt verlagert und somit große neue Kapitalanlagen nicht stattfinden, lukrative Aufträge nicht erteilt werden. — Unter solchen Umständen werden die Operationen des neuen Syndikats, seine Exportpolitik und die Preisgestaltung auf dem inneren Markt von besonderem Interesse sein.

Die erwähnte Stellungnahme der „hohen Stelle“ in bezug auf die Beeinflussung der Firma Krupp ist angesichts der Sachlage von ganz besonderem Interesse. Die deutschen Regierungen haben jährlich viele Millionen für Eisen zu bezahlen, sie kaufen Schienen und allerhand Eisenbahnmaterial, sie erteilen bedeutende Bauaufträge, bei denen die Preise für Eisen eine große Rolle spielen, sie kaufen Eisen und Stahl für die Marine, bauen Kriegsschiffe aus Stahl usw. usw.; somit sind die Staaten und das Reich direkt an dem Eisenpreise interessiert. Daß aber noch kein Syndikat auf die Beeinflussung der Preise gewirkt hat weiß jed' der Kind. Trotzdem aber bemühen sich „hohe Stellen“ um das Zustandekommen des Verbandes, wirken dahin, daß die Macht einer unverantwortlichen Clique, die darauf ausgeht und ausgehen muß, die Preise ins Maßlose zu steigern, erhöht wird. Die Profite werden bei Befehlen, direkten oder indirekten, an die Regierung aus dem Staatskassettel geschöpft, also aus den Taschen der Steuerzahler. Jene „hohen Stellen“ wirken also in diesem Falle direkt gegen das Interesse des Staates zugunsten einer Clique. Weiter kann man die Konsequenzen des Klassenstaates kaum noch treiben.

S. Karsti.

Soziales und Parteileben.

Streits und Lohnbewegungen. Die Blattenleger in Dresden sind Montag in den Generalstreik eingetreten. — Die Tischler in Burg (Prov. Sachsen) haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen: 23 Mann erzielten durch gütliche Unterhandlungen mit der Tischlerei und Leistenfabrik Pettge eine 7 prozentige Lohnerhöhung. Noch vor 5 Tagen lehnte die Firma jedwede Unterhandlung mit den Vertretern der Tischlerorganisation ab, belann sich jedoch bald eines Besseren, als sie die nicht zu erschütternde Einigkeit der Gehilfen sah. — Die Tapezierer in Köln haben Montag überall dort die Arbeit niedergelegt, wo die Forderungen auf eine Lohnausbesserung und Verringerung der Arbeitszeit nicht bewilligt wurden. — Die angekündigte Aussperrung der dänischen Buchbinder ist 14 Tage hinausgeschoben worden. Die Meister hatten, als sie ihren Aussperrungsbeschluss faßten, nicht die für solche Fälle in dem Uebereinkommen von 1899 vorgesehenen Bestimmungen beachtet. Nachdem der Verband der dänischen

Gewerkschaften die dänische Arbeitgeber- und Meistervereinsung auf diesen Fehler aufmerksam gemacht hatte, sah man sich genötigt, die Aussperrung zu verlagern. Es ist jedoch sicher anzunehmen, daß sie nunmehr am 18. März erfolgt. — In der Kamagarnspinnerei Savarbo bei Brescia sind wegen Aenderung der Fabrikordnung 500 Arbeiter ausständig geworden. — Im nord-amerikanischen Weichkohlengebiet düsterte es zum Ausbruch kommen, da eine Konferenz der Arbeitgeber und Arbeiter zu keiner Einigung geführt hat.

Auch eine Begründung! Der Direktor des Meibisch'schen Etablissements in Breslau, Wandelt, hatte einen polizeilichen Strafbefehl über 20 Mk. erhalten, weil in seinem Lokal bei einer Artistengruppe Kinder mitwirkten, welche das dreizehnte Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Gegen dieses Strafmandat erhob Herr Wandelt Einspruch. Das Schöffengericht ermäßigte die Strafe auf 10 Mk. mit der Begründung: „das Gesetz sei noch sehr jung und dem Angeklagten wohl deshalb noch nicht bekannt.“

Die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei für Berlin und Umgegend haben von den üblichen Märzversammlungen am Jahrestag der Berliner Revolutionskämpfe für dieses Jahr Abstand genommen.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hielt am Sonntag in Chemnitz eine außerordentliche Generalversammlung ab. An den Verhandlungen beteiligten sich 118 Gesellschafter (Bereine) durch stimmberechtigte Delegierte. Nach einem erschöpfenden Vortrage des Geschäftsführers der Großeinkaufsgesellschaft, Lorenz, wurde ohne Diskussion und in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen, in Alten a. d. Elbe belegene Grundstücke mit einem Gesamtlächeninhalt von 28 400 qm zu erwerben, um hier einen Großbetrieb zur Herstellung von Seifen, Seifenpulver u. zu errichten. Einstimmig wurde ferner noch beschlossen, und zwar ohne Debatte, das Stammkapital von 500 000 auf 750 000 Mk. zu erhöhen. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde ein vom Sekretär des Verbandes, Kaufmann, begründeter Antrag angenommen, die §§ 15 und 46 zu ändern. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft bis in den Juni hinauszuschieben. Voraussichtlich findet der erste ordentliche Allgemeine Konsumgenossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, dem sieben Revisionsverbände, die Großeinkaufsgesellschaft und 670 Konsum- und Produktgenossenschaften mit zusammen rund 150 Millionen Mark Jahresumsatz angehören, am 12., 13. und 14. Juni in Hamburg statt. Im Anschluß an den Allgemeinen Konsumgenossenschaftstag, also am 15. und 16. Juni, wird dann die 10. ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine abgehalten werden. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft betrug im verfloffenen Jahre 26 1/2 Millionen Mark.

Der 14. Parteitag der badischen Sozialdemokratie fand Sonnabend und Sonntag in Offenburg statt. 56 Orte wurden durch 76 Delegierte vertreten. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden die Genossen Dresbach und Krohn, Konstanz betraut. Aus dem Parteibericht ist hervorzuheben, daß bei den letzten Reichstagswahlen die sozialdemokratischen Stimmen von 50 000 auf 72 000 gewachsen sind; die Wahlkosten belaufen sich auf etwas über 30 000 Mark. Die Mitgliedschaften beziffern sich auf 106 mit circa 7000 Mitgliedern. Den Bürgerausschüssen des Landes gehören in 56 Orten 820 Parteimitglieder an, außerdem besitzt Baden drei sozialdemokratische Bürgermeister. In der Debatte zum Parteibericht fand das Verhalten der Schwelinger Wahlmänner bei der Wahl zwischen dem deutsch-volksparteilichen Ober und dem nationalliberalen Claus — sie hatten dem nationalliberalen Kandidaten zum Siege verholfen — die entscheidende Mißbilligung des Parteitages. — Der Bericht über das Partei-

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

74. Fortsetzung.

Muz sah den Notar erstaunt an. „Nun?“ sagte dieser.

„Das stimmt allerdings,“ erwiderte der kleine Mann, „aber was soll das dem jungen Handorf helfen? Es macht seine Angaben so viel wahrheitsgemäßer, aber es ist noch immer kein Beweis.“

„Nein,“ sagte Pflüster nachdenkend, „darin hast Du Recht, Muz; ein Beweis ist es nicht, wenigstens für kein Gericht, man könnte nicht einmal eine Anklage darauf gründen. Wenn aber das Andere ebenfalls zustimmt, so fällt es doch ohne Zweifel mit in's Gewicht, und ich glaube, es wird meine Pflicht, die Familie Solberg jedenfalls von der Sache in Kenntnis zu setzen — die mag nachher tun, was ihr gefällt.“

„Sie wollen den Grafen bei Solbergs verklagen?“

„Nein, ich werde nur den jungen Solberg darauf aufmerksam machen, in welchem allerdings noch keineswegs begründeten Verdachte sein künftiger Schwager steht; nachher mag er selber handeln, wie es ihm gut dünkt. Geh' also nur einmal hin — Du weißt doch, wo Solbergs wohnen?“

„Ja, Herr Notar,“ sagte Muz, aber mit so leiser Stimme, daß Pflüster wirklich nur an der zustimmenden Kopfbewegung sah, er habe ihn verstanden.

„Gut; also bestelle dort, ich liebe den jungen Baron — Hans heißt er — bitten, er möchte doch so gut sein und mich heute im Laufe des Tages einmal besuchen; ich hätte ihm etwas mitzuteilen. Hast Du mich verstanden?“

„Ja, Herr Notar.“

„Du kannst gleich gehen; vielleicht ist er zu Hause, und

viel Zeit haben wir eben nicht zu verlieren, denn die Hochzeit soll in den nächsten Tagen sein.“

Muz war auffallend bleich geworden. „Wäre es nicht besser,“ sagte er zögernd, „wenn wir ihm ein paar Zeilen schreiben? Ist er nicht zu Hause, so erhält er die Nachricht so viel sicherer, wenn er heim kommt.“

„Ja, werde Dir meine Karte mitgeben und ein paar Worte darauf schreiben, das verrichtet dann die nämlichen Dienste, während sie mit der Stadtpost den Brief vielleicht erst morgen früh hinschicken. Aber was hast Du nur? Du siehst ja so bestört aus! Ist etwas vorgefallen?“

„Nein, Herr Notar,“ sagte Muz mit dem Kopf schüttelnd, „nichts, daß ich wüßte, ich glaube nur — aber ich will gehen,“ setzte er dann entschlossen hinzu; „geben Sie mir die Karte, dann brauche ich ja auch nichts weiter zu bestellen.“

„Na, Du fürchtest Dich doch sonst gerade vor keiner Bestellung,“ sagte Pflüster, indem er zu seinem Balle trat und die Karte schrieb. „So, da, und komm' bald wieder, denn es ist heut viel zu tun. Apropos, wann hat die Frau geschrieben, daß sie hier eintreffen will?“

„Eigentlich wollte sie schon vor ein paar Tagen hier sein,“ sagte Muz, „aber sie war ja so krank geworden, und der Arzt ließ sie nicht reisen, wie sie uns meldete. Aber so wie sie sich besser fühlte, gleich.“

„Ach ja, jetzt erinnere ich mich — nun, dann kann sie eben so gut heute wie morgen eintreffen. Jedenfalls telegraphiert sie aber noch vorher, damit wir ihr ein Zimmer im Hotel bestellen.“

Damit ging er wieder an seine Arbeit, und Muz nahm seinen Hut, um den ihm gewordenen Auftrag zu erfüllen.

In Solbergs Hause wurde viel gewirrkostet. Im großen Saale arbeitete der Tapezierer, um den ganzen Raum für die bevorstehende Festlichkeit neu und prachtvoll

herzurichten. Da nämlich Graf Rauten seinen festen Entschluß ausgesprochen hatte, mit seiner jungen Frau unmittelbar nach der Trauung abzureisen, so wollte es sich der alte Herr von Solberg auch nicht nehmen lassen, dafür den Volterabend desto glänzender zu feiern. Die Einladungskarten zu dem schon seit langer Zeit bestimmten Tage waren bereits ausgegeben, und es galt jetzt nur noch, den Salon in allem Glanze herzustellen, wie denn auch an jenem Abend die ganze untere Etage von der Gesellschaft bemutet werden sollte. Es waren Lokaltäten, die Hunderte von Personen fassen konnten.

Die kleine Familie hatte sich auch heute vor dem Diner im Garten zusammengesunden; der Frühling war in voller Pracht ausgebrochen mit seinen Tausenden von Blumen und Blüten, die Finken bauten geschäftig an ihren Nestern, und die Schwalben strichen hoch, hoch oben im blauen Aether herüber und hinüber. Alles freute sich der lieben, herrlichen Zeit, und kein Wunder denn, daß auch der Sonnenschein in die Herzen der Menschen eingekehrt war.

Solbergs hatten ein paar junge Baronessen, weiläufige Verwandte, schon seit einigen Tagen zum Besuche bei sich. Es waren allerdings, was man so im gewöhnlichen Leben ein paar „Landganschen“ nennen würde. Ihr Papa hatte sie auch nur herein in die Stadt geschickt, um das Leben dort ein wenig kennen zu lernen und dann den Volterabend-Nacht bei seinem Better mitzumachen, sonst aber liebe, gute Wesen, heiter und frisch und glücklich in allem Neuen, was sich ihnen bot. Das junge Volk amüsierte sich auch vorzüglich, und während Herr und Frau von Solberg auf der Terrasse saßen und ihnen zuschauten, tummelten sie sich auf dem freien Platz davor herum.

Der Ausgelassenste von Allen sahien aber heute der sonst eigensinnig viel mehr stille und zurückhaltende Graf Rauten. Er war erst vor kaum einer Viertelstunde von einem Spaziergang, wie er sagte, herausgekommen, sprang

